

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen königl. Postanstalten angenommen.



# Danziger Zeitung.

Abonnements pro September für Auswärtige 20 Sgr., für Hiesige 15 Sgr., nimmt an die Expedition.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allerhöchst geruht: Dem Oberstörter Knop zu Gehrothsberge den R. Kronen- zu Potschau und dem Hegermeister Kopplin zu Wudensee im Kreise Soldin, den Roten Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Seconde-Lieutenant in der Pommerschen Artillerie Brigade Nr. 2 Walter unter dem Namen "Walter von Göllnitz" in den Adelstand zu erheben; und die Wahl des Oberlehrers am Gymnasium in Potsdam, Professors Schub, zum Director des Gymnasiums in Stolp zu bestätigen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 9½ Uhr Vormittags.

Copenhagen, 27. August. Die „Berling'sche Zeitung“ berichtet: Der König von Griechenland, Georgios, tritt am Sonnabend seine Reise nach Schloss Rumpenheim (Kurhessen) an. Sobald es die Lage der Ionischen Frage erlaubt, setzt derselbe seine Reise über Brüssel, London, Paris und Toulon fort. Eine günstige Abstimmung des Ionischen Parlaments über die Abtretung der Inseln an Griechenland ist kaum zweifelhaft.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 27. August. Der „Botschafter“ bringt eine Analyse des Promemorias, welches der Kaiser von Österreich dem Könige von Preußen am 3. d. M. in Gastein bei Gelegenheit der Einladung zu dem Fürsten-Congresse übergeben hat. Die Denkschrift beruft sich auf die Lage Europas, welche fordert, daß die deutschen Fürsten sich rechtzeitig einer haltbaren Stellung versichern; erkennt an, daß auch die deutsche Nation mit Recht eine Neugestaltung ihrer politischen Verfassung erwarte; erkennt ferner unumwunden an, daß es ohne die Wirkung Preußens für die Aufgabe der Reorganisation des Bundes keinen definitiven Abschluß gebe, sowie daß der Wille Preußens die Reform rechtlid. und factis hindern könne. Die Dinge in Deutschland seien aber soweit gediehen, daß ein absoluter Stillstand der Reformbewegung nicht mehr möglich sei, und die Regierungen, welche das verleennen, würden sich zuletzt gezwungen sehen, Hand an einen Welt der Not zu legen, in dem sie sich zu einer partiellen Ausführung der beabsichtigten Bundesreform im Vereiche der eigenen Staaten entschließen und zu diesem Zwecke unter Wahrung des Bundesverhältnisses ihrem freien Bündnisrechte eine möglichst ausgedehnte Anwendung geben. Von der Entschließung Preußens hängt es ab, den deutschen Bund wieder auf die Höhe seiner für die Nation und ihre Fürsten, wie für den Frieden Europas so wichtige Bestimmung zu heben.

Frankfurt a. M., 26. Aug., Abends. Ueber die letzten Conferenz-Sitzungen wird der „Süd. Stg.“ geschrieben: Der Artikel 3 der Reformation, bezüglich des Directoriums, scheine noch nicht vollständig festgestellt zu sein. Neben ihm hätten in der gestrigen Conferenz auch Artikel 8 (über Krieg und

## Amerikanisches Speculationsfieber.

Die Selbstbiographie Barnums, dieses Königs des Humbugs, giebt ein Bild, wie Künstler und Zwergen, Schlangen und anderes Getier der Speculation dienen können, und dies worden, nur Schade, daß es — wenn zufällig auf geradem Wege — häufiger in der Theorie als in der Praxis zu dem gewünschten Resultate führt, denn selbst der große Barnum erlag einigen Niederlagen des Schicksals. Folgende wahrschafte Erzählung wird auf eine dieser Abart verwandte Speculation eines Licht werfen und darthun, zu welchen Extravaganzan die amerikanische Speculationswut sich bisweilen hinreichen läßt; es ist ein „Spec“ (wie die Amerikaner zu sagen pflegen), welcher dem speculativen Jako — in seinem Vermüthen, schreckliche Schafe zu produciren — würdig zur Seite gestellt werden könnte.

Vor einigen Jahren kam ein Marylander auf die Idee, es müsse ein enormes Vermögen zu erwerben sein, wenn man eine Bucht schwächer Kästen anlege, um deren Felle zu verwerten. Der Gedanke war in der Theorie brillant zu nennen, und zwar aus folgendem Grunde: in Boston gilt ein schwarzes Käsenfell 50 Cents, und obgleich jeder der ersten Procuranten eines solchen Blattes dem Speculanten dieselbe Summe kosten würde, so calculirte derselbe, daß bei zehnfältiger jährlicher Vermehrung ein Anlagekapital von 75 Dollars folgende Resultate liefern müßte:

Erstes Jahr 150 Kästen, Zweites Jahr 1500 Kästen, Drittes Jahr 15,000 Kästen, von denen dann 5000 Stück für 2500 Dollars auf den Markt gebracht und einen Fond von 10,000 Procuranten zurücklassen würden.

Bei gleicher Vermehrung geben diese dann im vierten Jahre 100,000 Kästen, welche als zinstragendes Capital unserem Speculanten eine jährliche Revenue von 500,000 Dollars einbringen sollen, indem er alle Kästen über jene Zahl fangen und auf den Markt bringen ließe, nämlich 10 × 100,000 = 1,000,000 à 50 c. = 500,000 Dollars.

Man sieht, daß der Gedanke, aus 75 Dollars im fünften Jahre ein Einkommen von über eine Million Gulden pro anno zu ergieben, eines Rothirsch würdig war; aber leider land derselbe in der Ausführung seine Schwierigkeiten, sonst

Frieden) zu nicht sofort zu erledigenden Anständen geführt, weil verschiedene von den kleineren Staaten dem Vernehmen nach dagegen gewesen wären, die Theilnahme des Bundes an einem Kriege um außerdeutschen Besitz von dem Votum einfacher Stimmenmehrheit abhängig zu machen. Deshalb sei unter dem Vorstehe Desterreichs aus den Fürsten Weimars, Oldenburgs, Coburgs, Bayerns, Hannovers und Sachsen eine Commission zur Prüfung der in Bezug auf Artikel 8 und auf die Directorialfrage überhaupt geltend gemachten Bedenken niedergelegt worden. Diese Commission habe auch über die von Baden angeregte Theilung des Vorsitzes zwischen Preußen und Desterreich zu beschließen, worauf Desterreich noch nicht eingehen wolle.

Betreffs der Artikel über die Delegirtenversammlung trägt die „Süddeutsche Zeitung“ die Bemerkung nach, Coburg habe für die Hälfte der Mitglieder directe Wahlen beantragt, sei jedoch damit durchgesessen.

Frankfurt a. M., 27. August. In der heutigen Bundestagssitzung ist die erwartete Erklärung der dänischen Regierung eingegangen und den vereinigten holsteinischen Ausschüssen überwiesen worden. Der dänische Gesandte, Krauskopfthalber nicht erschienen, behält sich weitere Erklärungen vor.

Wien, 27. August. Nach Berichten aus Odessa vom 15. d. war von den aus dem Kaukasus eingetroffenen 25,000 Mann eine Division nach Nikolajeff, eine zweite nach Kiew dirigirt worden. In Podolien sollen 40,000 Mann concentrirt werden.

Lemberg, 27. August. Die „Gazetta Narodowa“ meldet als sicher, daß in der Ukraine die Bauern gegen die russische Regierung aufgestanden sind, erklären zu Polen gehören, aber die Adelsherrschaft nicht dulden zu wollen und sich selbst ihre Führer wählen.

Petersburg, 27. August. Der Großfürst Konstantin ist gestern in Saratow Selo angelkommen. Die Staatsbank wird von Morgen an Gold und Silber zum Septemberpreise d. h. mit zwei Prozent Agio ausgeben.

London, 26. Aug., Nachts. Der Dampfer „Amerika“ ist mit 190,103 Dollars Contanten und Nachrichten aus New York vom 15. d. in Cowes eingetroffen. Nach denselben hatte General Meade Washington besucht. Faragut ist im Golf-Departement durch Bell erzeigt worden. Die Consuln richten daher die Bundesstation bei Warrington an.

Der Wechselkurs auf London war in New York am 14.

Abends 138½, Goldagio 25½, Baumwolle geprüft, 67.

London, 27. August. Nach Berichten aus New York vom 15. d. Abends, die über Londonerry eingetroffen, haben die Gemeindebehörden von New York 3 Millionen Dollars votirt zur Beschaffung von Stellvertretern für Conservire.

Goldagio 25½.

Triest, 27. August. Die Levante post hat Nachrichten aus Athen und aus Konstantinopel vom 22. d. gebracht. Vier der gemäßigten Partei angehörige Minister und der General a. D. Calergis sind zu Begleitern des Königs auf der Reise nach Griechenland ernannt. In der Türkei dauern die Rüstungen fort. Aus Anapa war vom 7. August gemeldet, daß die Russen drei Forts bei Abona verlassen und sich nach Odessa eingeschifft haben. Der Fall Herats hatte in Teheran große Kriegslust hervorgerufen, indessen war der Schah entschlossen, zunächst die Berichte seines Gesandten aus London abzuwarten.

würde unser Marylander gewiß zu den großen Männern seines Vaterlandes gezählt worden sein und einen Ehrenplatz im Capitol von Washington erworben haben.

Da unserem Speculanen die größte Schwierigkeit einer günstigen Lösung des Problems darin zu liegen schien, daß die Wandereigenschaft des Käsgeschlechts und dessen Materialtalent eine Einhegung unmöglich mache, so kam er auf die lösungslose Idee, daß Wasser diesen Käsenqualitäten eine natürliche Barriere setzen würde, und da der Zufall es wollte, daß er der glückliche Besitzer einer Insel in der Chesapeake-Bai war, so hielt er den Erfolg für gesichert und feste sich an's Werk, seinem Vaterlande diesen neuen Industriezweig zu eröffnen.

Er engagierte einen Agenten und verbreitete Circulare, in welchen er einen gewissen Preis für jedes schwarze Käsenpaar aussetzte, welches ihm geliefert würde. Wie ein Lauf-Feuer verbreitete sich dieses Anerbieten unter der schwarzen Bevölkerung an der Bai (d. h. der zweibeinigen), und in kürzester Zeit stahlen die Neger alle schwarze Käsen, welche in den benachbarten Departements nur aufzutreiben waren. Es war eine Zeit tiefer Trauer unter alten Jungfern und Matronen, denen ihr Lieblingsspatz entwendet ward; manche Thräne folgte den Todgeglaubten, während die gewissenlosen und habgierigen Neger schenungelos aufzräumten, um die versprochene Prämie zu verdienen. Auf diese Weise wurden 150 Käsen gesammelt und nach der Insel transportiert, wo der Agent — ein zweiter Robinson Crusoe — sich als Käsenwächter unter seinen Söhnen niederknüpfte.

Anfangs schien es, als ob die Käsen sich in ihrem neuen Quartier auf's Beste amüsirten: da gab es Feldmäuse zu fangen, Bögeln nachzujagen, gemeinschaftliches Spiel mit Käsenconcerten. Aber endlich ging das Wild aus, es fehlte an Futter, dies erzeugte Hunger und Verzweiflung; in Truppen zogen die schwarzen Bestien über die Insel, nicht miauend wie vernünftige Käsen, sondern gräßlich heulend, wie ihre wilden Verwandten im Innern Africas. Dem Agenten ward bange, er schrieb seinem Herrn und beschwore ihn um Busendung von Käsenfutter. Die Antwort war: „man solle einige Neger anstellen, um für die Käsen Auster zu öffnen, deren es am Ufer in Menge gäbe“. Diesem Befehle ward ent-

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Importe nehmen an: in Berlin: A. Rettemeyer, Breitstr. 1, in Leipzig: Illgen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haenlein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandlung.

Politische Übersicht.

Wie man uns aus Berlin schreibt, war man dort über den gestern von uns mitgetheilten „Vorwärts“-Leitartikel der „Nord. Allg. Stg.“ vorgestern eben so verwundert, als wir gestern hier. Heute indes sind wir bereits wieder ganz im alten Geleise. Die „Nord. Allg. Stg.“ erklärt: „Wir wollen getrost das Ende abwarten.“ Sie bespricht nämlich die Eventualität eines Einverständnisses zwischen Desterreich und Frankreich. Sie kann aus vielen Gründen, die sie des Nähern entwickelt, „noch immer nicht an die Möglichkeit glauben, daß es in Wien Staatsmänner geben sollte, welche eine derartige Politik antrahen würden, die einen Augenblick blenden könnte, aber nachher zur tiefsten Nacht führen müßte.“ „Und darum — sagt die „Nord. Allg. Stg.“ — und darum wollen wir in Preußen getrost das Ende abwarten. Käme auch für uns eine Prüfungstage, so wird sie versiegen und Preußen um so kräftiger, um so größer aus der Probe hervorgehen. Der Stahl, aus dem Preußen geschmiedet ist, kann das Feuer aushalten.“

Belauftlich hatte Desterreich zugleich mit dem Einladungsschreiben zum Fürstentage an die preußische Regierung ein Promemoria überreicht. Die „Nat. Stg.“ bringt von dem Inhalt dieses Actenstückes, welches die „Kreuztg.“ als „über die Maßen rücksichtslos“ bezeichnet, folgende Analyse: „Es wird darin zuerst der thathähliche Berfall der bestehenden Bundesverfassung in den stärksten Ausdrücken geschildert. Es werden die Gefahren dieses Zustandes ausgeschildert: nach außen die Schwäche und Berfahreneit einem Angriffe gegenüber, im Innern die immer drohender herantretende Möglichkeit einer Revolution. Die österreichische Regierung sieht das Heil nicht in der Begründung eines Bundesstaates, sondern in einer Neugestaltung des Staatenbundes. Zweierlei sei im Interesse der Souveränität der Fürsten und der Selbständigkeit der Einzelstaaten vor Allem auszuschließen: eine einheitliche Spize der vollziehenden Gewalt und ein aus direkten Volkswahlen hervorgehendes Parlament. Dagegen bilden das Directorium und die Delegirtenversammlung die Ecksteine des österreichischen Vorschlags. Weder in der Gesetzgebung noch in den gemeinnützigen Einrichtungen war für den Bund ohne ein entsprechendes constitutionelles Organ noch ein Fortschritt möglich; der Bundesstag war trocken gelegt. Das „Promemoria“ wendet sich zuletzt speziell an Preußen, und erkennt an, daß bei dessen Macht und Bedeutung das selbe nicht seine wirkliche Wirkung zu Theil werden lässe. Preußen habe bisher der Bundesreform auf einem anderen Wege angestrebt, es kann aber dennoch ohne jedes Bedenken sich jetzt den in einer andern Richtung angelegten Bemühungen Desterreichs anschließen. Die wichtigste Erklärung des Actenstückes ist wohl die am Schlüsse abgegebene, daß Desterreich den bestehenden Zustand als so heillos betrachte, daß, wenn Preußen seine Beteiligung versage, es von dem in der Bundesakte verbürgten Bündnisrechte Gebrauch machen werde, um mit den ihm befreundeten Regierungen sich über alle gemeinsamen Einrichtungen zu verstündigen, welche ohne Preußens Zutritt möglich blieben. Nach diesen Angaben, welche uns von guter Hand zugehen, droht Desterreich in ganz bestimmter Weise mit einem Sonderbund, und es hat in dieser Beziehung durchaus den früher lebhaft von ihm befämpften Standpunkt eingenommen, welchen Preußen seit 1849 vergeblich zur Geltung zu bringen gesucht hat.“

sprochen, und die Käsen — in der Alternative zwischen dem Hungertode und einem ihnen unbekannten Gerichte — entschieden sich für letzteres. Der Verlust einer Käse muß indeß anders konstruiert sein als der unserer Gastronomie, denn die ungewohnte Kost erzeugte eine Art Cholera, in deren Folge die Hälfte derselben starb; die übrigen wurden wahnhaft und endeten ihr Leben mit Selbstmord oder griffen zu dem verzweifelten Entschluß, durch Schwimmen das Festland erreichen zu wollen. Immerhin war das Resultat dieser so kühn erbauten Speculation, daß sechs Monate nach dem ersten Versuche keine Käse mehr auf der Insel zu finden war.

Der Agent meldete hierauf seinem Herrn, welche traurige Wirkung die epizootische Kost auf seine Pflegebefohlenen gehabt habe, und fügte eine bescheidene Auffrage hinzu, wie es mit seinem Gehalt stände. Doch letzterer war so empört über den Agenten, über die Käsen und vor Allem über seine getäuschten Erwartungen, daß er die Zornuthung fernerer Opfer mit Verachtung von sich wies. Die Folge war ein Prozeß für schuldigen Gehalt, welcher nun schon mehrere Jahre vor den Gerichten anhängig ist, und für's Erste wird der selbe wohl nicht entschieden werden, wenn überhaupt Käger, Bevatter und Richter nicht schon Opfer des Krieges geworden sind.

Eine ähnliche Speculation ward vor mehreren Jahren in Mexiko unternommen, wo sich die Schweine durchschnittlich 10—12fach im Jahre vermehrten. Es ward ein Rancho im Staat Chihuahua gekauft, wo ein Eichenwald im beste und billigste Nahrung darbot; aber statt in drei Jahren an der Spitze von 50,000 Säuen seinen Einzug in Mexico's Hauptstadt halten zu können, ward der Unternehmer ein Opfer der Apaches-Indianer, welche die friedliche Colonie überfielen, so daß alle Spur derselben seitdem verschwunden ist.

Das Prinzip dieser Art Unternehmungen ist übrigens in Amerika vollkommen gerechtsäitig, wo der Grund und Boden billigt ist und das Klima keine Bedachung im Winter erhebt; daher hat die Bucht von Rioviejo und Schafen in günstig gelegenen Gegenden (wie namentlich in Kalifornien) brillante Resultate geliefert, ja die Ansiedlung von Obstbäumen und Weinläden hat in 3—4 Jahren bei verhältnismäßig geringen Capitalien zu bedeutenden Einkünften geführt. (Ausland.)

Die offizielle „Darmstädter Zeitung“ vertheidigt wiederholt den österreichischen Reformplan in der wärmsten Weise. Heute widmet sie der Präfidalfrage einen sehr energischen Artikel, in welchem sie ausführt, daß Österreich schlechterdings den Vorsitz im deutschen Bunde, auch wenn ihm eine neue Verfassung gegeben, beibehalten wird.

In sehr bewerkenswerther Weise drückt sich die offizielle „Wiener Abendpost“ über den Abgeordnetentag aus. Es genügt ihr zu wissen, „daß gebildete und ehrenhafte, des Vertrauens ihrer Mitbürgen sich erfreuende Männer zusammentraten, um mit ihnen zu rechnen.“ Das offizielle Blatt meint mit dem Resultate der Versammlung schon leidlich zufrieden sein zu können, denn wenn selbst diese Versammlung den Reformvorschlag nicht verwirft, so sei dies schon „ein Kriterium seiner Bedeignigkeit.“ Darauf, daß der Abgeordnetentag die Reformakte unvollkommen gefunden, erwidert die „Abendpost“ mit der Frage, welch Menschenwerk überhaupt von Unvollkommenheiten frei sei? Indes sei der Weg zur Beseitigung von Unvollkommenheiten in der Acte selbst gegeben, und überdies „glaubt“ die „Abendpost“, „Österreich sei gerne bereit, billigen und erfüllbaren Wünschen zu willfahren.“ Alsbald fügt jedoch die „Abendpost“ hinzu, daß es „nur in zwei Richtungen kaum möglich sein dürfte, den Anforderungen der demokratischen Partei zu genügen.“ Diese zwei Punkte, worin das offizielle Blatt Nachgiebigkeit nicht für möglich hält, sind: Anteil der Herren- oder Oberhäuser oder ersten Kammern an der Bildung des Bundes-Abgeordnetenhauses, und Berufung einer vereinbarenden National-Versammlung. Die directen Wahlen und die Ablösung der im Entwurf auf drei Jahre bemessenen Frist für die Einberufung des Bundes-Abgeordnetenhauses scheinen also für die „Abendpost“ mögliche Zugeständnisse zu sein. Schlimm ist dabei nur, daß die Berufung einer vereinbarenden Nationalversammlung von der Nation nicht aufgegeben werden kann.

Fast alle englischen und französischen Blätter beschäftigen sich gegenwärtig mit der deutschen Frage, mit dem Fürsten- und Abgeordnetentag. Wir unterlassen es, die Urtheile der ausländischen Presse ausführlicher zusammenzustellen, einmal weil wir gewisse Seiten dieser Frage unberührt lassen müssen, andererseits auch weil sich in den meisten ausländischen Blättern eine sehr geringe Kenntnis deutscher Zustände zeigt. Die französischen Journalartikel über diese Frage zeigen ohnehin nicht, was die Franzosen darüber denken, sondern sie spiegeln nur die offiziellen und öffentlichen Schwankungen und Planver ab. Wo die wirkliche öffentliche Meinung Frankreichs zum Ausdruck kommt, da betrachtet man die Reformbewegung in Deutschland keineswegs mit ungünstigen Augen. Die Franzosen sind um vieles entnervt, man wird sie nicht mehr mit gloire, sondern mit volkswirtschaftlichen Institutionen sättigen können. Es gibt schon eine große Anzahl von Franzosen, welche sich über jeden Fortschritt, der im Auslande im Interesse der Freiheit geschieht, freuen und Anerkennung zollen. So bespricht der „Temps“ die Verhandlungen des Abgeordnetentages zu Frankfurt a. M. in einer sehr ausführlichen und günstigen Weise. Herr Nefzger sagt am Schlusse: „Diese Debatten geben eine hohe Idee vom politischen Sinne der Versammlung. Man muß sich von jetzt an daran gewöhnen, die deutsche Nation als eine von denen zu betrachten, bei welchen die politische Erziehung am weitesten vorgeschritten ist.“

Wie unser Warschauer Correspondent gestern meldete, ist der Großfürst Constantine vorgestern nach Petersburg abgezogen und ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß er einem Antrag ~~zu~~ <sup>aus</sup> machen will, um die pacification Warschau mit den schwärfsten Maßregeln zu versuchen. Die Nachricht der offiziellen Blätter, daß der Aufstand so ziemlich beendet sei, hat sich als falsch erwiesen. Vielmehr berichtet man, daß die Insurrection wieder einen größeren Aufschwung nehme.

### Gegen Patente.

Wir haben gestern von der Opposition gesprochen, die sich allmälig nicht nur gegen die Verfahrungsarten bei der Erteilung von Patenten, sondern gegen das ganze Patentwesen überhaupt herausgebildet hat. Im Folgenden wollen wir kurz einige Hauptgründe zusammenfassen, welche gegen die Patente ins Feld geführt werden.

Die Patente sind unter unsrer gegenwärtigen Gewerbs- und Wohlstandsverhältnissen nicht mehr erforderlich. Die Patentgesetzgebung ist ziemlich alt. In England reicht sie hinauf bis zur Regierung Jacobs I., also in eine Zeit, in welcher z. B. ein paar seidene Strümpfe noch für einen kostspieligen Luxus galten, das nur Könige sie sich anzuhaben im Stande waren. Wenigstens wird erzählt, daß der König seinen Gefandten mit dem einzigen Paar, das er lessah, stets ausstellen mußte, wenn sie die königliche Macht, die sie zu repräsentieren hatten, auch in der äußeren Erscheinung würdig vertreten sollten. In solcher Zeit wird allerdings der Verbrauch von Gewerbeartikeln und die gewerbliche Produktion noch so bescheiden entwickelt gewesen sein, daß es einer grauenen Zeit bedurfte, damit sich ein in einen Gewerbebetrieb neu hineingestcktes Capital verzinst und amortisiert und damit die Arbeit und Anstrengung, welche einer neuen gewerblichen Erfindung voranging, ihren verdienten Lohn heraussbringen konnte. In solcher Zeit mag es denn auch in der Ordnung geschienen haben, daß man gesetzlich jeden Gewerbsmann etc., der die Industrie um gewisse Fortschritte bereichert, für seine Mühe etc. dadurch entschädigte, daß ihm für eine gewisse Zeit die Ausnutzung derselben ausschließlich garantiert wurde. Ueberhaupt kann man sich wohl denken, daß in der Kindheit der Industriewelt und bei verhältnismäßig geringem Aufsat von Industrieproducen der Erfindungsgesetz solcher Schutz- und Reizmittel, wie sie die Patente bieten, benötigt geschienen haben mag.

Anders erscheint diese Sache aber, nachdem mit dem zunehmenden Reichthum einer stets wachsenden Bevölkerung sowohl der Absatz von Gewerbeartikeln, wie die Industrie selbst eine unvergleichlich mächtigere Ausdehnung und Entwicklung gewonnen. In solchen Zeiten hat jeder neue Erfinder in der Priorität der Anwendung einer neuen Erfindung an sich schon vor allen seinen Gewerbsgenossen einen so genügenden Vorsprung voraus, daß er sich hinlänglich für gehabte Mehrkosten zu entschädigen und für seinen größeren Scharffian und Eifer in der Befolklung der Industrie Belohnung zu schaffen vermag, wenn er selbst nur die allgemeinlichsten Vorsichtsmittel anwendet, um mit dem Product des von ihm entdeckten Fortschritts sich sofort die erforderliche Kundshaft zu erwerben. Diese Kundshaft bleibt ihm dann in der Regel, so lange er in Güte und Preis seiner Leistungen billig verfährt. Erst allmälig vermögen ihm seine Koncurrenten zu folgen, und desto langsamer, je tiefer eine neue Erfindung in die bisherige Productionsweise greift, je mühsamer sie in Anwendung zu bringen ist und je mehr Kosten ihre Ausführung erfordert. Die Natur der gewerblichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse hat selbst dafür ausreichend Sorge ge-

tragen, daß Jeder, auch wenn er seine neuen Erfindungen, Verbesserungen und Entdeckungen nicht als Geheimnis vor seinen Koncurrenten bewahren kann, nach Gebühr für dieselben belohnt und entschädigt wird, davon gar nicht zu reden, daß in vielen Fällen das wirkliche Verdienst auch bei der Patentirung, vielleicht gerade wegen der Patentirung, nicht seines verdienten Lohnes froh wird.

Es scheint, die Patente haben mehr ihren Ursprung in dem Bestreben der Gewerbetreibenden, ein Monopol zu besitzen, gehabt, als in den Verhältnissen des Erfindungs- und Forschergeistes. Die Sehnsucht nach einem Monopol schwindet aber unter den Gewerbetreibenden selbst mit der steigenden Entwicklung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse vor der Erkenntnis, daß allgemein verbreiterter Wohlstand und allgemeine, höchst mögliche Ausnutzung aller wirtschaftlichen Kräfte, also die Grundlagen einer möglichst blühenden Kundshaft für alle Gewerbe, nicht möglich sind, wenn man die Entwicklung der Gewerbsamkeit überhaupt durch monopolistende Schranken behindert. Denn das Monopolrecht in einem Gewerbe wäre nicht denkbar, ohne daß alle übrigen zugleich darauf Anspruch machen könnten. Da aber meist jeder Consument als Producent Gewerbetreibender ist und seine Consument sich stets nach dem richtet, was er als Gewerbetreibender verdient, Monopole aber die Möglichkeit für recht Viele, recht viel zu verdienen, abschneidet, so sind die verständigen Gewerbetreibenden gerade im Interesse der größtmöglichen Ausbreitung ihrer Kundshaft entschiedne Gegner aller Monopole, aller Beschränkungen des Erwerbs- und Gewerbebetriebs geworden. An Stelle der Monopolsucht ist bei allen verständigen Gewerbetreibenden der Wetteifer getreten, durch Güte und Preiswürdigkeit ihrer Leistungen einen möglichst großen Absatz sich zu verschaffen. Indem nun alle derselbe Eifer bestellt, haben alle auch natürlich ihren Zweck erreicht. Denn mit dem steigenden Eifer Aller sind auch ihre Leistungen insgesamt größer geworden, ist also auch ihr Verdienst insgesamt gewachsen. Indem sie alle ihre Erwerbsgeschäfte allmälig immer weiter ausdehnen, wurden sie alle immer reichlichere Consumenten, d. h. alle immer bessere Kunden für alle Gewerbe untereinander. Dieser rege gewordene Wetteifer unter Allen ist aber der beste Förderer des Erfindungs- und Fortbildungsgastes in den Gewerben.

Wenn nun die Patente an sich nicht zur Förderung des Erfindungsgeistes, zum Schutz von Capital und Lohn von Erfindern erforderlich sind, so fällt das, was sie hindernd der Entwicklung der Gewerbsamkeit in den Weg legen, um so greller hervor, und dies besteht darin, daß sie sowohl die allgemeine Ausnutzung der Errungenschaften vorangegangener Zeiten in der Gewerbstuast für alle mit einem Male willkürlich beschränken, als auch die stete Fortbildung Aller an den Verbesserungen und Fortschritten selbst gewissermaßen unterbrechen. Denn ein Patent in der Hand eines einzelnen Gewerbsmannes auf einem Gewerbsgebiete, concentriert, sobald seine Erfindung wirklich von Nutzen ist, in ihm für eine Zeit lang gewissermaßen das ganze Gewerbe, oder wenigstens den Theil, in welchen seine Erfindung schlägt. Er wird also zunächst ausschließlicher Eigentümer der Errungenschaften aller vorangegangenen Zeiten auf demselben, an welche er nicht das mindeste Recht auf ausschließlichen Besitz hat, sondern die gewissermaßen Gemeingut der ganzen Menschheit sind. Wer aber wollte wohl erweisen, daß er durch den Fortschritt, den er in solcher Gewerbsbrauche erzielt hat, sich ein Recht auf gewissermaßen entdeckte und vorangegangene Entwicklung für gewisse Zeit, auf die Ausschließung Aller von ihren Vortheilen wirklich erworben? Dann aber schließt er als Monopolist auch alle Kräfte von der Fortbildung selbst seiner eigenen Erfindung auf Zeit aus, ein Nachteil, unter dem die Entwicklung der Industrie erheblich leidet muss und der erfahrungsmäßig überall eintritt, wo Monopole oder Schutzzölle oder sonst irgend ein anderer Schutz einem Gewerbebetrieb aufzuhelfen soll. Hat der Fortschritt in dem Gewerbe also auch mit diesem zweiten Nachteil erkauf werden müssen? Ist es denn schon erwiesen, daß der patentierte Fortschritt in den Gewerben, wenn er solche Nachtheile überhaupt zuweckt, überhaupt als wirklicher Fortschritt im wirtschaftlichen Sinne angesehen werden kann? Alle diese Fragen beweisen, wie ernstlich man bei der Erwägung über die Unlöslichkeit von Patenten zu Werk gehen muß. Denn das Patentwesen greift tief in die natürlichen Rechte aller Gewerbetreibenden und in die Entwicklung der Industrie und der Wohlstandsverhältnisse. Wären die monopolistischen Folgen der Patente nicht im praktischen Gewerbsleben von jedem nur einigermaßen verschlagenen Kopf zu umgehen, so würden wir über ihre Wirkungen wahrlich erstaunen. Diese Auskunftsmitteilungen dürfen uns aber nicht abhalten, der Frage auf den Grund zu gehen, und wenn wir erkennen, daß wir bisher etwas Überflüssiges und Schädliches gehabt haben, uns davon sobald wie möglich zu befreien.

### Deutschland.

Berlin, 27. August. (K. B.) Nach einer dem statistischen Bureau aus Baden-Württemberg zugegangenen telegraphischen Depesche wird S. Majestät der König am 6. Septbr. den internationalen statistischen Congress eröffnen.

— S. Maj. der König von Hannover hat, wie mehrfach gemeldet wird, die Professoren Sacharia, Thöls und Franke aus Göttingen nach Frankfurt kommen lassen, um ihren Rath über die österreichische Reformakte zu hören.

— Der diesseitige Consul in Japan, Herr von Brandt, hat wiederholt über die gefährliche Lage der Fremden und Schuhangehörigen innerhalb seines Consulat-Bezirks berichtet. Es steht zu befürchten, daß, wenn England nicht sehr kräftig für die Europäer eintritt, die Interessen derselben in Japan für lange Zeit gefährdet sein werden.

— Der Abgeordnete für den 5. Oppelner Wahlbezirk (Kreis Beuthen) Bergmeister a. D. Schmidt zu Babitz hat sein Mandat niedergelegt.

— Der Großherzog von Hessen-Darmstadt steht im Begriff, den polnischen Verurtheilten eine Amnestie zu gewähren.

— (Kreuztg.) Aus Magdeburg meldet der „M. C.“, daß der dortige Stadt- und Kreisrichter Wolf im Interesse des Dienstes an die Gerichtsdeputation zu Wolmirstedt versetzt worden sei. (Herr Wolf gehört, dem „M. C.“ zufolge, der Fortschrittspartei an und hat in deren Sinne bei den Wahlbewegungen der letzten Jahre gewirkt. An seine Stelle ist, unter Ernennung zum Stadt- und Kreisgerichtsrath, der bisherige Kreisrichter Schäfer von der Deputation zu Wolmirstedt nach Magdeburg versetzt worden.)

— Wie die „Kreuztg.“ hört, ist der Kreisgerichts-Director v. Mühlberg in Hagen als Director an das Stadtgericht in Berlin versetzt worden.

— Der Frankfurter Correspondent der „Kreuztg.“ erwähnt eines Gerichts, nach welchem der französische Minister Drouyn de Lhuys dort gewesen sei.

— Die dem „Nachrichtenblatt“ in Eisenburg ertheilte Verwarnung lautet:

„Das „Nachrichtenblatt“ enthält in Nr. 61 ein Inserat „Aus dem Torgauer Kreise“, welches zunächst nur gegen die Provinzial-Correspondenz im Torgauer Kreisblatte gerichtet ist, zugleich aber auch das Bestreben erkennen läßt, durch Behauptung entstellter Thatachen, so wie durch Schnörungen die öffentlichen Behörden und deren Anordnungen dem Hause und der Bevölkerung auszusehen. Indem das Inserat im Verlaufe seiner Auseinandersetzungen auch des badischen Staats und des in demselben bestehenden Friedens zwischen dem Fürsten und seinem Volke gedenkt, wird in den gleich darauf folgenden Worten:

„Wer den Krieg in Preußen herauf beschworen; ob Volk oder Regierung? darüber müssen wir schweigen bei der so gewaltigen Fesselung der Presse, trotzdem wir das, was wir sagen möchten, überall verantworten können“, unzweideutig und unverkennbar der preußischen Staatsregierung ein schwerer und unbegründeter Vorwurf gemacht, und es werden zugleich die Hinweise der Ordnung der Presse getroffenen Maßregeln dem Hause preisgegeben.

Dieselbe Tendenz verfolgt der Schluss des Inserats, anknüpfend an die Erwähnung einer bisher von Verwarnungen befreit gebliebenen Zeitung in den folgenden Worten:

„Wir sagen, was Einem Recht, ist dem Andern billig, und Recht muß doch Recht bleiben. Unsere Gemüther aber werden von einer Macht ergriffen, die nur die Revolution gelären kann, wenn wir die despotschen Worte vernehmen: „Macht geht vor Recht!““

Es werden hierin die öffentlichen Behörden der Parteilichkeit angeklagt und die Gemüther werden gegen die bestehende Ordnung aufgeregt. Auf Grund der §§ 1 und 3 der Verordnung vom 1. Juni d. J. wird Ihnen daher hierdurch eine Verwarnung erteilt, welche um so mehr gerechtfertigt ist, als Ihnen bereits bei einer früheren Gelegenheit die Aumahnung zu Theil geworden ist, die der Besprechung öffentlicher Angelegenheiten zufolgenden Grenzen nicht zu überstreiten. Merseburg, 12. Aug. Der Regierungspräsident Rothe.“

— Die „Nation“ vernimmt aus Wien, daß durch Vermittelung des Herzogs von Coburg, ein Einverständnis zwischen Herrn v. Schmerling und den Führern des Nationalvereins vorbereitet werde. Vielleicht nehme gar Österreich die von dem Nationalverein begehrten direkten Wahlen an.

— Aus Wien, 25. August, schreibt man der „Sch. B.“: Für den Einzug des Kaisers in Wien werden bereits umfassende Vorbereitungen zu großen Festivitäten getroffen. Ein Gerücht, welches wissen will, daß zum Schlusse des Congresses bald eine andere, die Lösung der ungarischen Frage in ähnlicher Weise plötzlich herbeiführende Ueberraschung bevorstehe, entbehrt vorläufig jeder Begründung, wenn es sich auch nicht leugnen läßt, daß die wiederholte Berufung des Erzherzogs Stephan nach Frankfurt nicht ohne Bedeutung sei und der Combination freien Spielraum gewähre. — Die Verhandlungen wegen der mexicanischen Krone sind in den letzten Tagen in ein Stadium getreten, welches es unsfern diplomatischen Kreisen kaum länger möglich machen dürfte, diese Gelegenheit für eine rein persönliche des Erzherzogs auszugeben.

— Mainz, 26. August. Die Verhandlungen des deutschen Juristentages sind im besten Gange. Die gestrige Plenarversammlung sah gestern auf Antrag des Stadtrichters Hiersemel in Berlin, amvertzt durch Dr. Braun aus Wiesbaden, mit großer Majorität folgenden Beschuß: „Der Richter hat im gegebenen Falle über das verfassungsmäßige Zustandekommen des Gesetzes zu befinden und es nur in so weit zur Anwendung zu bringen, als sein Inhalt die verfassungsmäßige Zustimmung der verfassungsmäßigen Stände erhalten hat.“ Die Verhandlung über Abschaffung der Todesstrafe ist an die Abtheilung verwiesen und wird wahrscheinlich übermorgen zur Verhandlung im Plenum kommen. Heute fanden Sitzungen der Abtheilungen statt. Die vierte Abtheilung sprach sich mit großer Majorität für Freizeitung der Advocat aus. Die freundliche Empfang und die sorgfältigsten Beweisungen der Arrangeure um die Fremden machen den günstigsten Eindruck. Gestern Nachmittag fand eine Fahrt nach Wiesbaden statt. Den Extrazug hatte die Taunusbahn gratis gestellt.

Frankfurt a. M., 26. Aug. (Nat.-Btg.) Die sozialen Verhandlungen der Fürsten scheinen das Eis gebrochen zu haben. Man spricht namentlich von einer Rede des Königs von Hannover, der auseinandergesetzt habe, daß es Ehrenpflicht der versammelten Fürsten sei, etwas Definitives zu Stande zu bringen. Jetzt oder nie — war der Refrain. Die Berathungen werden im Allgemeinen streng geheim gehalten und nur zuweilen der Schleier gelöst. Die rasch aufeinander folgenden Mittheilungen preußischer Noten, wovon eine im „Frankfurter Journal“ erschien, scheinen zumindest die Wirkung gehabt zu haben, die Beschlüsse der Fürsten zu beschleunigen.

Brüssel, 25. Aug. Die heftige deutsche Buchhandlung von Liebling u. Co. gibt morgen unter dem Titel: „Enttäuschungen an das deutsche Volk über den Fürstentag zu Frankfurt a. M.“, eine Broschüre aus. Einige wollen wissen, die selbe habe den Herzog von Coburg zum Verfasser; andere bezweifeln dies indeß.

### Frankreich.

Paris, 25. Aug. Die „Nation“ enthält heute einen sehr heftigen, gegen Österreich gerichteten Artikel. Herr Leonce Dupont klagt Österreich an, eine zweideutige Politik zu verfolgen. — Die letzten Nachrichten aus Petersburg sind friedlicher und es scheint, daß man jetzt dort die Absicht hat, die Noten der drei Mächte ausführlich zu beantworten.

Bon der französischen Grenze, 25. Aug. (K. B.) Einem Briefe aus Paris entnehme ich, daß der Kaiser sehr unzufrieden mit dem Gange der Dinge ist. Die Gegner Drouyn de Lhuys zählen darauf, daß Napoleon III. einen directen Schritt der Annäherung an Rußland unternehmen werde, und man verspricht sich Erfolg davon. Man verlangt von Rußland, „daß es Frankreich sein möge, die dehors zu reiten.“ Auch das Gericht von einer bevorstehenden Sendung Morny's nach Petersburg taucht wieder auf. — In Brüssel Mexico's liegt man in der Umgebung des Kaisers wenig Besorgniß, da man wissen will, daß von einem gänzlichen Niederwerthen der Confédératen nicht die Rede sein könne. In England glaubt man mehr an das baldige Ende des Krieges und an einen entschiedenen Sieg der Unionisten.

Ausland und Paläst. — Warschau, 25. Aug. (Östl. B.) Heute wurde einem bekannten Beamten, Herrn v. Stowronski, Sohn des Staatsraths dieses Namens, der Leib von der Brusthöhle bis zum Unterleibe aufgeschlitten — er starb trotz des versuchten Zusammenhalts der schwerhaften Todes. Eben bringt man mir die Nachricht, daß auf der Langgasse schon wieder ein vierfacher Mord begangen worden ist.

— Aus Warschau meldet man der „Gaz. nar.“, daß die vom Papste neuernannten Bischöfe Popiel und Lubenski



